№ 184 B 91 Abend-Ausgabe

Berlin

Donnerstag 19 April 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

150 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsl.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 5600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

Regierungsaktion für die Mark.

Börsenmäßige Stützung. – Einfuhrbeschränkung. – Devisenanmeldung.

Angesichts der plötzlichen Steigerung der Devisenkurse hat das Reichskabinett heute im Einvernehmen mit dem Reichsbankdirektorium beschlossen, die Stützungsaktion für die Mark mit allem Nachdruck weiterzuführen.

Zu diesem Zwecke sollen, abgesehen von der Fortsetzung der börsenmäßigen Stützungstätigkeit, zunächst folgende Maßnahmen unverzüglich ergriffen werden:

1. eine weitgehende Einschränkung der Einfuhr;

2. die Einführung einer allgemeinen Anmeldepflicht für Devisen und Sorten nach dem Stande des Tages, an dem die hierzu erforderliche Notverordnung erlassen wird.

*

Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist der Erlaß der oben erwähnten Notverordnung für die Devisenanmeldung für die allernächste Zeit zu erwarten.

(Siehe auch Finanz- und Handelsblatt.)

Neue Unruhen in Mülheim.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Mülheim, 19. April.

Die Stadt war heute erneut der Schauplatz wüster Ausschreitungen der radikalen Elemente, die sich augenscheinlich aus allen Nachbarstädten dort zusammengefunden haben. Die Ruhestörer, die mit Stöcken und zum Teil auch mit alten Gewehren bewaffnet sind, sperren die Straßen ab und halten Fahrzeuge und Fußgänger an. Die Kaufleute haben ihre Läden geschlossen und die Eingänge verbarrikadiert. Die Tumultuanten haben einen Waffenladen geplündert; Munition ist ihnen aber nicht in die Hände gefallen, weil der Besitzer sie rechtzeitig vernichten konnte.

Die Anstifter der Unruhen geben dieser Bewegung den Anschein, als ob es sich um ein Vorgehen der Notstandsarbeiter handle. Letztere stellen ganz übertriebene Forderungen. Sie verlangen Beschränkung der Arbeitszeit auf vier Stunden, wofür sie aber den Lohn für acht Stunden verlangen.

Bei den gestrigen Unruhen in Mülheim soll es zwei Tote und drei lebensgefährlich Verwundete gegeben haben. Als die Kriminalpolizisten von der Waffe Gebrauch machen wollten, denunzierten die Ruhestörer die Kriminalbeamten wegen des Waffenbesitzes bei den Franzosen. Letztere leisteten aber ein Einschreiten ab. Auch aus anderen Orten des Ruhrbezirks werden Zusammenrottungen lichtscheuer Elementen gemeldet, so namentlich aus Recklinghausen.

Die militarisierten Strecken.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

aus **Essen**, 19. April.

Der Eisenbahnverkehr ist durch die Franzosen durch Maßnahmen auf einer Anzahl weiterer Strecken von neuem gestört worden. Dadurch sind die wenigen Reisemöglichkeiten noch verringert, die über Dortmund nach dem unbesetzten Gebiet nur noch mit vielen Schwierigkeiten aufrecht erhalten wurden.

Die Besatzungstruppen haben zwei Eisenbahnlinien, deren Ausgang Düsseldorf ist, in eigenen Betrieb genommen, dann eine im Süden und eine im Norden des Industriebezirks bis an die Grenzen des unbesetzten Gebietes heran, zusammen etwa 400 Kilometer Streckenlänge. Auf diesen beiden Strecken haben in normalen Zeiten täglich 57 Schnellzüge, 237 Personenzüge, 722 Güterzüge und 146 Bedarfsgüterzüge verkehrt. Jetzt betrug die Zahl an einem Stichtage, dem 6 April, 6 Personenzüge in jeder Richtung, die fast völlig leer waren, da das deutsche Publikum diese Züge nicht benutzt, weiter zwei beladene und zwei leere Proviantzüge und außerdem noch acht leere und sieben mit Kohlen und Koks beladene Güterzüge, die etwa 40 Wagen stark waren.

Aber nicht an jedem Tage verkehren so viel Züge. Im Monat Februar war die Durchschnittsleistung nur zwei Züge am Tage. Nach den eisenbahnamtlichen Feststellungen sind im Monat Februar insgesamt 1700 Wagen Kohle und Koks nach Frankreich und Belgien befördert worden im März war ihre Anzahl bedeutend geringer, sie hat rund 1000 Wagen betragen. Wenn man bedenkt, daß alle Wiederherstellungsleistung vor dem Einbruch täglich 37 Kohlen- und Kokszüge nach Frankreich und Belgien gegangen sind, sowie 10 Kohlen- und Kokszüge nach den Häfen, d. h. also durchschnittlich täglich 2350 Wagen oder alle halbe Stunde ein voll beladener Kohlenzug, so sieht man, wie gering die Kohlenausbeute der Franzosen trotz aller Beschlagnahmungen von Wagen und Zechen eigentlich ist.

Durch die Militarisierung der beiden Strecken sind auch diejenigen Linien zum Stillstand gekommen, die an die besetzten Strecken anstoßen, oder in diese übergehen, weil ein gemeinschaftliches Arbeiten mit den Besatzungstruppen nicht stattfindet. Die Franzosen halten außerdem seit längerer Zeit die Hauptbahnhöfe Essen und Bochum besetzt, die im Zentrum des Reviers liegen und lähmen so den hauptsächlichen Verkehr.

Die Invasion.

Die französischen Minister sind aus dem Ruhrgebiet nach Paris zurückgekehrt, und erzählen der Presse, wie herrlich die von ihnen angeordneten Maßnahmen wirken. Besonders voll nahm den Mund der Minister Le Trocquer, der auch Anlaß dazu hat, weil man mit seinen Leistungen am unzufriedensten ist. Er sagte nicht mehr und nicht weniger, als daß „die Partie gewonnen" sei. Dann versprach er den französischen Eisenbahnern, die sich dazu hergeben, im besetzten Gebiet Dienst zu tun, goldene Berge.

Es seien Maßnahmen ergriffen worden, diese Leute in guten Wohnungen unterzubringen, und später könnten sie ihre Familien nachkommen lassen. Diese Versprechungen sind ein neuer Beweis dafür, daß die französischen Eisenbahner um jeden Preis nach Hause wollen, und daß die Zahl derjenigen, die sich bereit erklären, über den April hinaus im Ruhrgebiet und am Rhein zu bleiben, verschwindend gering ist.

Auch diese neuen ministeriellen Versprechungen werden kaum Eindruck machen. Was sollen die französischen Eisenbahner mit ihren Familien in einem Land anfangen, das sich gegen eine solche Invasion wehrt.

Innerpolitische Angriffe gegen Poincaré.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 19. April.

In französischen politischen Kreisen erregt ein neuer Vorstoß der Millerand-Gruppe gegen Poincarés Auffassen. Diesmal handelt es sich um Poincarés Gleichgültigkeit gegenüber Problemen der inneren Politik, deren Bedeutung, wie in der letzten Zeit wiederholt betont wurde, jetzt von Woche zu Woche im Hinblick auf die kommenden Wahlen zunimmt.

Einer der Vertrauensleute des Präsidenten der Republik, der gemäßigt radikale Abgeordnete L'Hopiteau, der 1920 dem Kabinett Millerand als Justizminister angehört hat, greift jetzt Poincaré in der Zeitschrift „L'Opinion" wegen seiner Haltung in innerpolitischen Fragen scharf an. Diese Zeitschrift wird geleitet von dem früheren Sekretär Millerands, dem Abgeordneten Percil, Mitglied der Fraktion „republikanisch-sozialistische Aktion", der als der Hauptvertrauensmann des Präsidenten im Palais Bourbon betrachtet wird.

L'Hopiteau führt aus, **die Wahlkampfperiode sei eröffnet, nur die Regierung scheine nichts davon zu wissen. Poincarés Gleichgültigkeit wirke beunruhigend. Der Ministerpräsident habe ein ganzes Jahr verstreichen lassen, ohne die gemäßigte Mittelpartei zu einer festen Mehrheit zum Wahlkampf zusammenzuschließen,** so daß die Fraktionen der Opposition sich vorwiegend für den Kampf gruppierten. Poincaré könne zu seiner Entschuldigung anführen, daß andere große Fragen ihn stark in Anspruch nähmen, aber er dürfe sich seinen innerpolitischen Verpflichtungen trotzdem nicht entziehen, wenn er das Land vor Schaden bewahren wolle. Poincaré habe vor Uebernahme der Regierung den schweren Fehler begangen, zu erklären, daß er vor den Wahlen zurücktreten werde, um die Leitung der inneren Politik dann einem anderen zu überlassen. Damals habe man diese Aeußerung für ein taktisches Manöver zur Betonung der Bedeutung der außenpolitischen Fragen angesehen. Leider sei Poincaré aber bis heute dabei geblieben, daß es nicht seine Sache sei, sich um die Vorbereitung der Wahlen zu kümmern. Wenn dies noch einige Wochen so weiter gehe, werde die verlorene Zeit nicht wieder eingeholt werden können.

Polen — Deutschland.

Von

Max Theodor Behrmann,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **Warschau**, Mitte April.

Es unterliegt keinem Zweifel: nach dreimonatiger Abwesenheit von Warschau habe ich jetzt Polen in einer politischen Aggressivstimmung vorgefunden, die mich höchlichst überrascht hat und jeden aufrichtigen Friedensfreund mit nicht geringer Sorge erfüllen muß. Aber mit der Konstatierung dieser überaus betrüblichen Tatsache allein ist es nicht getan. Man muß vielmehr nach den tieferen Gründen dieser ausgesprochenen Kampfesstimmung forschen, man muß nüchtern und leidenschaftslos vor allem festzustellen trachten, ob diese plötzliche deutliche Wandlung zur politischen Offensive auf innerpolitischen Erwägungen, Wünschen und Hoffnungen beruht oder aber von außen her künstlich angeschwemmt worden ist. In ersteren Falle hätten wir es mit einer sehr ernsten Gefahr für die nächste Zukunft von ganz Europa zu tun, im letzteren lediglich mit einem weiteren Symptom der Versailler Krankheit, unter der das arme Europa nunmehr seit Jahren ächzt und leidet.

An sich und beim ersten Zusehen erscheint es rätselhaft, ja unbegreiflich, daß seit Wochen mit einemmal ganz Polen just und nur gegen Deutschland geistig zu rüsten beginnen hat. Gewiß: die polnische Mentalität, die noch immer in ihrem politischen Dilettantismus die ganze Menschheit in „Polenfreunde" und „Polenfeinde" einteilt, kennt weit mehr eine vage Gefühlspolitik, die in kindlich unbildbarem Begehren nach den blinkenden Sternen am Himmelszelt greifen möchte, denn eine sachliche Realpolitik, die mit gangbaren Kompromissen arbeitet. (Wäre dem nicht stets so gewesen, so wären dem Polenvolk Jahrhunderte eines latenten Zerfalls und ein Jahrhundert nationaler Knechtschaft wahrscheinlich erspart geblieben.) Aber noch zu Beginn des jetzt laufenden Jahres hatte es so ausgesehen, als ob Polens Volk und Staat sich endlich saturiert fühlten, als ob man hierzulande endlich daran gehen wollte, das durch günstige Konjunkturen fast mühelos in den Schoß Gefallene und durch glückliche Coups Erlangte in Ordnung zu bringen, die mählich ins Wanken geratenen Wände des unaufhörlich sich auswetzenden Staatsgebäudes zu stützen. Und nun — abermals durch eine für Polen äußerst günstige alleuropäische Konjunktur — ihm gar auch noch Wilna und Ostgalizien durch die Pariser Völkerhändler endgültig zugesprochen worden sind, hätte man wirklich annehmen sollen, daß in Warschau die Ministerien des Innern und der Finanzen (was hier bitter nottätet) die Portefeuilleinhaber für Krieg und Auswärtiges etwas in den Schatten stellen würden.

Nichts von alledem ist jetzt hier zu verspüren. Wohl kokettiert man hier auch heute noch mit der stets „bevorstehenden", aber niemals kommenden „Goldwährung", mit der Lösung der sich immer verschärfenden Industriekrise, mit dem Abbau der gegenwärtig wohl ganz Europa voranmarschierenden Teuerung, mit einer Ordnung des gänzlich versagenden Steuerwesens, mit einer Gesundung der äußerst reformbedürftigen Beamtenschaft. Aber was die Gedanken und Gemüter vornehmlich beschäftigt, was in Ministerreden und Pressausführungen vor allem hervorgehoben wird, das ist Polens auswärtige Politik oder, wie man diese Politik hier nur einmal auffaßt, dem Polenstaat von außen her drohende angebliche „Gefahren".

Man kennt nicht erst seit gestern die alte Weise Neupolens von den arglistigen „Feinden ringsumher". Die Perceatrufe der auf den Straßen Warschaus üblichen Sonntagsumzüge galten im Lauf der jüngsten drei Jahre nach- und nebeneinander Deutschland und Rußland, England und Italien, Litauen und der Tschechei. Und es ist noch gar nicht so lange her, da ein sonst ernstes führendes Rechtsblatt in Warschau den humoristischen Satz prägte, Polen müsse seine Augen offen halten, wenn der große Kampf zwischen Nordamerika und Japan um den Stillen Ozean beginnen werde. Diese Ausdrücke einer verwöhnten Kindheit, eines unbewußten Drangs nach irgendwohin — und manchmal auch eines schlechten Gewissens — brauchen nicht allzu ernst genommen zu werden und hatten auch im Laufe des vergangenen Jahres möglich recht sehr abgenommen. Um so überraschender und bedauerlicher ist es, daß diese beinahe gänzlich verklungene, wenig harmonische Weise jetzt wieder in Reden, Zeitungsartikeln und Straßenrufen erklingt. Und was noch viel bedauerlicher: ist gegen einen einzigen Nachbarstaat erschallt — gegen Deutschland.

Die westeuropäische Presse hat bereits manches geschrieben über die große Rede, der die polnische Ministerpräsident, General Sikorski, vor wenigen Tagen im Rathause zu Posen gehalten hat. Wenn ein übernationalistischer Hiskopf, ein leichtsinniger Säbelrassler, ein politischer Abenteurer — selbst mit allen Attributen eines Kabinettschefs ausgestattet — die vor Wochenfrist im Posener Rathaus gefallenen Sätze und Worte von sich gegeben hätte, man hätte dies gewißlich nicht übermäßig ernst oder gar tragisch zu bewerten brauchen. Aber ich kenne den General Sikorski als einen Mann, der für alles Nationalistische, Säbelrasselnde und politisch Abenteuerliche sehr wenig übrig hat. Der frühere Chef des polnischen Ge-